

AiR Aktiv im *Ruhestand*

5

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb
Mai 2026 – 77. Jahrgang

Wenn die Wohnung zu groß wird

**Bleiben
oder
umziehen?**

Seite 8 <

Senioren-
sicherheit – Sicherungs-
maßnahmen und
Geistesgegenwart
bewahren vor
Schäden

Seite 14 <

Alterstraumatologie-
zentren – bessere
Heilungschancen
nach Unfällen

mit
dbb Seiten

Bleiben oder umziehen?

Das fragen sich viele, wenn die eigenen Kinder ausgezogen sind oder der Partner verstorben ist. Angesichts knapper Alterseinkünfte und eines angespannten Wohnungsmarktes stellen wir in der Mai-Ausgabe von „Aktiv im Ruhestand“ Alternativen vor: Wohnungstausch und Wohnpartnerschaften. Wie kann so etwas klappen?

Ob am Telefon oder online, an der Haustür oder unterwegs: Auf vermeintlich überforderte Alte haben es ganze Betrugsnetzwerke abgesehen. Zwei Beiträge widmen sich der Vorsorge und geben Tipps, wie man sich im akuten Fall gegen die Überrumpelungstaktik der Angreifer oder Angreiferinnen schützt.

Darüber, über kommunalpolitisch tätige Seniorinnen und Senioren, neue Therapieansätze nach alterstypischen Stürzen und über Malta, wo die Digitalisierungspioniere bereits in den Ruhestand gehen, sowie über weitere spannende Themen lesen Sie im neuen AiR. **ada**

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Getty Images für Unsplash+. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 62,80 Euro zzgl. 10,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,60 Euro zzgl. 2,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigen disposition:** Britta Dorr. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 67** (dbb magazin) und **Aktiv im Ruhestand Preisliste 55**, gültig ab 1.1.2026.

Druckauflage: dbb magazin 540 724 Exemplare (IVW 1/2026). **Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand** 15 000 Exemplare (IVW 1/2026). **Anzeigenchluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1438-4841**



> Schwerpunkt: Wohnen im Alter



8

Aktuell

- > Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung 4
- > Seniorensicherheit: „Im Alter sicher leben“ – LKA Berlin informiert 4
- > dbb-Seminar zum Erbrecht 5

Vorgestellt

- > Kommunalpolitische Teilhabe: Von Parkbänken und Kurzstreckentickets 6
- > Transformation: Erst „Baby des Amts“, dann Digitalpionier 17

Kompakt

- > Online-Betrug: Ein kühler Kopf ist der beste Schutz 8

Standpunkt

- > Steigende Belastungen für Bürger und Bürgerinnen 10

Titelthema

- > Wohnen im Alter: Es muss matchen 11

Blickpunkt

- > Therapiekonzepte für alters-typische Unfälle 14

Brennpunkt

- > Tödliche Alterserkrankungen 20

Nach-Lese

22

Kinotipp

23

Gewinnspiel

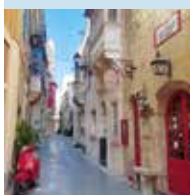
24



11



14



17



27



29



40

dbb

- > Nachrichten – Beamtinnen und Beamte des Bundes: Innenminister legt Gesetzentwurf zur amtsangemessenen Alimentation vor 25
- > Aktivrente bei Beamtinnen und Beamten: „Die Öffentlichkeit hat ein falsches Bild“ 26
- > Gesetzliche Krankenversicherung: Versicherte können nicht die ganze Reform tragen 27
- > Interview – Inklusion als staatliche Kernaufgabe: „Wir sind gut darin, Dinge kompliziert zu machen“ 29
- > Online – Assistenzsysteme: Von der Robotikforschung in den Haushalt 32
- > Europa – Markus Ferber, Ausschuss für Wirtschaft und Währung im EP: Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung stärken 38
- > Jugend – Trendstudie Jugend in Deutschland 2026: Die Jugend verliert die Geduld 40
- > Blickpunkt – Moderner Staat: So funktioniert digitale Barrierefreiheit 46

3

Inhalt

Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung

Das Berufsbeamtentum ist ein Vorteil für Deutschland

Den sich verschärfenden Angriffen auf das Berufsbeamtentum werden dbb und auch die dbb bundesseniorenvertretung faktenbasiert und fundiert sprechfähig entgegengetreten.

„Viele Menschen haben anscheinend vergessen, was Beamtinnen und Beamte tagtäglich für unser Land tun“, sagte dbb-Seniorenchef Horst Günther Klitzing und wusste sich da einig mit dem dbb-Bundesvorsitzenden Volker Geyer, der kurz zuvor auf der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung am 14. März 2026 im dbb forum berlin von der Arbeit des dbb berichtet hatte. Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung nahm in seiner

Rede zu den verbalen Angriffen auf den öffentlichen Dienst Stellung und unterstrich, dass Deutschland mit dem Berufsbeamtentum über einen viel zu oft übersehenen Vorteil verfüge: „Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir eine berechenbare Verwaltung, die nachvollziehbare Entscheidungen trifft.“ Und der Seniorenchef merkte an: „Die Bundesregierung hat zu den Themenbereichen Pflege und Gesundheitswesen, die Seniorinnen und Seni-

oren ja besonders betreffen, bisher keinerlei konkrete Schritte eingeleitet, obwohl der dbb und die dbb bundesseniorenvertretung regelmäßig Vorschläge dazu unterbreitet und Gesprächsbereitschaft signalisiert hatten.“

Volker Geyer wiederum hatte über die zahlreichen Vorschläge zu den notwendigen Reformen in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege gesprochen: Da tauchten immer wieder Forderungen nach Eingriffen in das Beamtenrecht auf. Bei Rufen nach einem „Beamtensozi“, wie kürzlich aus der Jungen Union oder der Idee einer Eingliederung in die Rentenkassen, wie von Arbeitsministerin Bärbel Bas geäußert, handele es sich um reinen Populismus. „Aber Beamtenbashing kommt einfach gut an“,

meinte Geyer und verwies darauf, dass die derzeitige Beamtenbesoldung laut Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht amtsangemessen sei. Er versprach: „Die Rentenkommission wird Vorschläge präsentieren, die uns nicht gefallen werden. Wir werden uns dem entgegenstellen. Faktenbasiert und fundiert sprechfähig.“

Auch Forderungen nach Karenztagen oder Kürzungen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erteilte der dbb-Chef eine Absage: „Das trifft die Falschen!“ Vielmehr solle daran gearbeitet werden, die Ursachen hoher Krankenstände, etwa den steigenden Arbeitsdruck, zu beseitigen. „Die Opfer dieser Entwicklung zu bestrafen, das tragen wir nicht mit!“, so Geyer. ■



© Anke Adamik

> Volker Geyer (Dritter von rechts) im Gespräch mit Mitgliedern der Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung

Seniorenicherheit

„Im Alter sicher leben“ – LKA Berlin informiert

Enkeltrick, falscher Polizist und Co.: Ältere sind besonders häufig Ziele von Betrug, Diebstahl und Raub und zu Vorsorge und Wachsamkeit aufgerufen.

Kriminalhauptkommissarin Yvonne Schiefer informierte Seniorinnen und Senioren im Rahmen der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung am 15. April 2026 über aktuelle Gefahren und wirksame Schutzmöglichkeiten. Die erfahrene Beamtin des Landeskriminalamts Berlin

hatte Abwehrstrategien gegen Trickdiebstahl, Schockanrufe, Betrug an der Wohnungstür sowie das unbefugte Eindringen Fremder in die Wohnung in den Mittelpunkt ihres Vortrags gestellt. Anhand aktueller Beispiele zeigte Yvonne Schiefer typische Vorgehensweisen der Täter

und gab klare Handlungsempfehlungen:

- Die Risiken von Taschendiebstahl sind geringer, wenn man nur das Allernotwendigste bei sich hat und darauf achtet, Taschen vor dem Körper und Geldbörsen in den Innentaschen verschlos-

sener (!) Jacken zu tragen. „Die sind so gut, Sie merken nicht, wenn Sie bestohlen werden“, berichtete die Kripobeamtin aus ihrer Berufspraxis. „Deshalb: Halten Sie Abstand! Immer!“

- Gegen angebliche enge Verwandte, die Angerufe-

ne damit schocken, einen „tragischen Verkehrsunfall“ verursacht zu haben, helfen vor allem Informationen: Die Polizei (auch Gerichtsvollzieher oder eine Bank) würde niemals anrufen (vor allem nicht über die 110) und nach Wertsachen fragen oder anbieten, sie in Sicherheit zu bringen. Es hilft, unbekannte Rufnummern zunächst auf den Anrufbeantworter laufen zu lassen und – ein Extratipp aus dem Publikum – einen Zettel neben dem Telefon zu platzieren mit Namen, die in der Familie gerade nicht vorkämen, aber in Telefongesprächen verwendet werden

sollten. Am Telefon sollte man sich mit „Hallo“ melden. „Lassen Sie sich am Telefon am besten auf nichts ein, sondern legen Sie im Zweifelsfall auf“, riet die Polizistin.

- Trickbetrüger können auch vor der eigenen Wohnung auftauchen. Unter einem Vorwand – etwa ein dringender Notfall – versuchten sie, sich Zugang zu verschaffen. Zunächst sollten der Türspion und, falls die Tür geöffnet wird, die Sperrkette genutzt werden. „Ab einem gewissen Alter oder wenn ich allein bin, niemanden in die Wohnung lassen!“, schärfte

Schiefer den Zuhörern und Zuhörerinnen ein. „Sagen Sie sich: Hilfe ich eben an einer anderen Stelle.“

Die Referentin rief dazu auf, bei Verdacht sofort die Polizei zu verständigen, in der Öffentlichkeit Abstand zu halten, keine Unbekannten in die Wohnung zu lassen und am Telefon niemals persönliche Informationen preiszugeben. Ziel des Vortrags sei, so stellte Yvonne Schiefer klar, dass die Zuhörerinnen und Zuhörer ihr gewonnenes Wissen innerhalb der Organisation, aber auch an Bekannte, Freunde und Verwandte weitergeben. Alle seien aufgerufen,



> Yvonne Schiefer

unterstrich Schiefer: „Wir können uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen aufmerksam sein.“

Mehr Informationen:

- polizei-beratung.de
- t1p.de/Polizei_Berlin_Senioren

dbb-Seminar zum Erbrecht

Letzter Wille – klar geregelt

Ein Experte zeigt beim dbb-Seminar, worauf Erblasser achten müssen, damit der Erbfall nicht zum Familiendesaster wird.

Richtig vererben ist kompliziert. Etliche Fallstricke lauern insbesondere auf juristische Laien. Beim Seminar der dbb bundesdeutschen Seniorenvertretung zum Thema „Erben und Vererben“ Ende März in Nürnberg trat Felician Scheu, Fachanwalt für Versicherungsrecht, auf. Er zeigte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, wie wichtig eine klare und rechtssichere Nachlassregelung in einer Zeit ist, in der die Lebensläufe vielfältiger, Familienstrukturen komplexer und digitale Spuren allgegenwärtig sind. Scheu gab einen umfassenden Überblick über die rechtlichen Grundlagen, Gestaltungsmöglichkeiten und praktischen Schritte. Er hob die Bedeutung von Vorsor-

gevollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügung hervor: Alle drei Dokumente bilden gemeinsam eine Grundlage für die vorausschauende Lebensplanung.

Intensiv behandelte Scheu die gesetzliche Erbfolge: Wer erbt, wenn kein Testament vorhanden ist? Es galt, Missverständnisse und Mythen aufzuklären: Näherstehende schließen entfernte Verwandte von der Erbfolge aus. Die Zuhörer lernten, wie sich Erbquoten auf Kinder und Enkel verteilen. Scheu stellte auch das Erbrecht der Ehegatten vor. Ehepaare wählen häufig die Form der Zugewinnngemeinschaft. Hier gilt es, den Pflichtteilrecht im Auge zu behalten.

Egal ob Einzel- oder gemeinschaftliches Testament, wie etwa das Berliner Testament, oder ob ein Erbvertrag gewählt wird: Immer sind Formvorschriften einzuhalten. So müssen selbst erstellte Testamente handschriftlich verfasst und eigenhändig unterschrieben sein. Und Erben sollten wissen, wo das Testament zu finden ist. Zu Hause? Oder amtlich, beim Nachlassgericht? Rechtsanwalt Scheu dazu: „Das ist eine sichere und empfehlenswerte Option.“

Auch auf den digitalen Nachlass ging der Experte für Erbrecht ein, der oft noch unterschätzt und deshalb vernachlässigt wird. Für E-Mail-Konten, soziale Medien, Cloud-Speicher, Online-Banking und -Abonnements, aber auch Anlagen in Krypto-

währungen ist es, um im Erbfall nicht handlungsunfähig zu sein, wichtig zu wissen, wo Passwörter und -schlüssel zu finden sind. Ansonsten drohen, etwa im schnelllebigen Wertpapiergeschäft, finanzielle Verluste. Lebhaft diskutierten Teilnehmer und Teilnehmerinnen während des gesamten Seminars auch über eigene Erfahrungen. Seminarleiter Thomas Krupp, stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesdeutschen Seniorenvertretung, war zufrieden: „Ich glaube, die Teilnehmenden gehen mit dem Gefühl nach Hause, dass sie dieses komplexe Thema jetzt besser durchdringen und mit diesem neuen Wissen für sich selbst die nächsten Schritte angehen können. Es hat sich aber auch gezeigt, wie viel Aufklärungsarbeit weiterhin nötig ist.“

Kommunalpolitische Teilhabe

Von Parkbänken und Kurzstreckentickets

Die Generation 65 plus interessiert im Alltag vieles. Die deutschen Senioren(bei)räte richten sich danach. Ein Besuch vor Ort.

Die Deutsche Post baut aus: 15 000 Packstationen hat sie bundesweit in die Landschaft gesetzt. Kunden können sich hier die Sendungen aus Schließfächern abholen, wenn der Bote mal wieder vergeblich geklingelt hat – wenn sie denn herankommen. Beim nahe dem Düsseldorfer Flughafen aufgestellten Container war das nicht so. Ständig zugeparkt durch Airport-Nutzer und mit einem viel zu schmalen Bordstein versehen, scheiterten ältere Menschen ständig daran, die zuge dachte Lieferung mit nach Hause zu nehmen. So was bereitet Ärger.

Ein Fall für Frank Scheulen. Der frühere Erste Kriminalhauptkommissar beim NRW-Landeskriminalamt hat nach der Pensionierung 2022 sozusagen den Job gewechselt. Heute kümmert er sich um die Alltagsprobleme der älteren Mitbewohner der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Scheulen ist stellvertretender Vorsitzender des kommunalen Seniorenrates in Düsseldorf. Nachdem ihn seine neue Klientel auf den Miss-

stand am Paketstand aufmerksam gemacht hatte, ist er losgeradelt. „Ich gucke mich gerne vor Ort um, mache mir mein eigenes Bild.“ Eingestanden: Auch er habe Mühe gehabt, das Paketfach zu erreichen. Er hat sich schriftlich an die zuständige Bezirksverwaltungsstelle gewandt und, als die Stadt Nichtzuständigkeit signalisierte, auch an die Post. Es kostete Zeit, dort Verantwortliche zu finden. Dann folgte – Still-schweigen. Doch als der Radfahrer Wochen später wieder in der Nähe vorbeikam, überraschte ihn eine wichtige Veränderung. Wo sonst die Fahrzeuge der Fluggäste parkten, waren vier Pfähle in den Boden gerammt. Den Senioren war so ein Zugang freige-räumt, sie konnten ungehindert ihre Päckchen ab-holen. Der 65-Jährige findet: „Das sind so Kleinigkeiten, bei denen ich denke: Siehst du, das klappt doch.“

► Am Anfang war Trude Unruh

Mehr Respekt und mehr Rechte für ältere Menschen. Solche grundlegenden For-derungen haben seit den

1970er-Jahren in West-deutschland stark an Boden gewonnen. Das Tor dafür aufgemacht hat Trude Unruh aus Wuppertal. Sie wollte das Potenzial von 14 Millionen Wählern nutzen und gründete eine Partei: die „Grauen Panther“. Im Kommandoton – „Seid still. Hört zu!“ – warnte sie auf öffentlichen Veranstaltungen vor Altersarmut und Pflegenotstand und forder-te 1 400 D-Mark netto monatliche Mindestrente für Senioren. Das war die damalige Grundpension für Beamte. Unruhs Krawall-schlagen war mehrfach er-folgreich. Pflegestützpunk-te wurden eingeführt, das Vormundschaftsgesetz reformiert. Die „Panther“ hätten es in den Bundestag schaffen können, wären 1990 nicht die deutsche Einheit und Helmut Kohls Wahltriumph dazwischen-gekommen. Die Niederlage im Herbst des Jahres leitete das Ende der Partei ein. Fast zeitgleich – könnte man auch sagen: ersatzweise? – formten die Bundestags-parteien eigene 60-plus-Organisationen. Außerdem bildeten sich lokale Inter-essenvertretungen, die bis heute parteiunabhängig, ehrenamtlich und oft in enger Kooperation mit den kommunalen Parlamenten funktionieren: die Senio-ren(bei)räte.

► Wahl per Brief

Bundesweit kennt gut die Hälfte der Kommunen die Einrichtung. So gibt es der-zeit in Hessen geschätzt 143 solcher Organe, in Nie-dersachsen bis zu 214. Und in der Hauptstadt Berlin hat jeder Stadtbezirk einen. In Nordrhein-Westfalen haben sich rund 170 zu-sammengeschlossen, die per Stimmzettel von den über 65-Jährigen im Land gewählt werden. Sie sind, erstens, Stimme ihrer Wäh-ler und machen, zweitens, notfalls Druck in deren In-teresse. In Düsseldorf setzt sich die Versammlung aus 20 Gewählten aus den zehn Stadtbezirken zusammen plus Vertretern von Partei-en, Verwaltung und sozia-len Organisationen wie Caritas und Diakonie. Ein eigenes Stimmrecht in den Ratsausschüssen und Be-zirksvertretungen haben sie zwar nicht. Es fällt aber auf, dass die Wahlbetei-ligung der Älteren bei der Briefwahl gut war. 4 558 Senioren haben in Scheu-lens Wahlkreis, den Stadt-teilen Rath, Unterrath, Lichtenbroich und Mörsen-broich, abgestimmt. Das sind 28,5 Prozent der von der Stadt angeschriebenen Kommunalwähler. 2 400 Stimmen hat der Ex-Cop dabei erhalten. Er hat sich darüber gefreut.

Frank Scheulen lebt in keiner besonders armen Stadt. Düsseldorf galt schon immer eher als Schreibtisch der westdeutschen Industrie mit höherem Durchschnittseinkommen. So hat denn sein Seniorenrat bei der kommunalen Verwaltung abgefragt, wie es mit dem Wohlstand am Rheinufer und speziell mit dem der 166 000 Köpfe starken älteren Einwohnerschaft steht. Die Antwort der Statistiker: Von 2021 bis 2024 sei das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen dieser Gruppe von 1 809 auf 2 035 Euro geklettert. Scheulen zieht daraus eine Schlussfolgerung für seine Arbeit: Nicht so sehr Altersarmut sei hier beherrschendes Senienthema, „die Probleme sind oft anderer Art“. Da sei „die Frage der Alterseinsamkeit“. Und eben Alltagsdinge, wie die Postfächer, die Digitalisierung, auch der Service für Senioren. Immerhin: In Düsseldorf bietet die Stadt in Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen in 32 „ZentrenPlus“ von Freizeit-events, wie gemeinsamen Frühstück bis zu Beratungen beim Ausfüllen von wichtigen Anträgen, einen bunten Mix an. Die Seniorenräte nutzen sie, um hier ihr Publikum zu treffen.

► Kurzer Weg zum Arzt

Alltag bedeutet nicht, nur schwach Brisantes im Düsseldorfer Seniorenrat zu debattieren. Im Gegenteil. Selbst die Aufstellung von Ruhebänken kann sich zu einer hochproblematischen Sache entwickeln. Scheulen ist genau das passiert. Müssen Bänke seitliche Lehnen haben? „Alte Leute brauchen

Stützen“, hat er vor dem Bezirksparlament der von ihm vertretenen Stadtteile argumentiert. „Bänke ohne Lehnen können sie beim Hinsetzen und Aufstehen nicht nutzen.“ Genau dies sei anderen ein Dorn im Auge, weil sich Leute, die auf der Straße leben, auch mal „lang machen“ müssten. Denkbar wäre ein Kompromiss: mehrere Bänke, die teils mit, teils ohne Lehnen aufgebaut werden?

Themenschwerpunkte können regional unterschiedlich sein. In München geht es häufig um Digitalisierung. In Hamburg ist der Seniorenbeirat vor drei Jahren mit dem Verlangen nach einem 3 000 Euro hohen Inflationsausgleich auch für Rentner auf die



► Der Düsseldorfer Seniorenratsvize Frank Scheulen

Straße gegangen. Öffentliche Verkehrswege jeder Art sind jedoch überall ein entscheidendes Terrain für die Arbeit der Seniorenvertretungen. Gerade hat das Düsseldorfer Gremium beschlossen, mit Ausnahme weniger Tangenten in der ganzen Stadt die Einführung von Tempo 30 zu fordern. „Ein großes Thema“, sagt Scheulen – und nennt gleich ein zweites aus dem Verkehrsbereich: die ÖPNV-

Tarife. Die Rheinbahn, die in Düsseldorf Busse und U-Bahnen betreibt, hat der Vorgabe des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) folgend seit Januar den Kurzstreckentarif storniert. „Das ist jetzt in der ganzen Stadt ein Problem, weil die alten Menschen diesen Tarif offensichtlich sehr viel genutzt haben. Nur mal eben zwei, drei Stationen bis zum Arzt.“ Das kostet jetzt deutlich mehr. „Wir haben einen Beschluss mit der Forderung gefasst, den Kurzstreckentarif wieder einzuführen.“

Hat das Erfolgsaussicht? Das ist wirklich offen. „Ich weiß aus meiner eigenen Verwaltungserfahrung, dass man für solche Sachen einen langen Atem braucht.“ Auf Geduld muss

Halte früher oder später aussteigen.“ Der Verkehrsbetrieb hat auf die Stadt verwiesen. Das Gerangel geht ins zweite Jahr. „Man muss immer wieder Druck machen und sagen: ‚Leute, bitte, wann wird denn endlich umgebaut?‘“

► Das Stadtbild-Thema

Doch Druck hilft nicht immer. Irgendwann sind Grenzen erreicht. Das hat der stellvertretende Seniorenratschef von Düsseldorf gerade wieder lernen müssen. Eine seiner gerade abgehaltenen Sprechstunden im nächsten „Zentrum-Plus“: Zehn, zwölf Senioren haben sich im Stadtteil Rath eingefunden. Früher gab es hier Mannesmann und andere Großbetriebe. Die Röhrenwerksfläche ist eine Brache. „Die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich gewandelt“, erklärt uns Frank Scheulen. „Wir haben hier Menschen aus der alten Mannesmann-Ära, aber auch viele Migranten aus Südost- oder Südeuropa, die teils schon viel länger hier sind als die Flüchtlinge des Jahres 2015.“ Eine Rentnerin beschwert sich über manche Folgen der Zuwanderung: Auf einem kurzen Straßensegment gebe es sieben Barbiershops und fünf Nagelstudios. Aber keinen einzigen Hals-Nasen-Ohren-Arzt im Stadtteil. „Da stehen Sie da“, sagt Scheulen, „es geht hier nicht mehr um die Frage, ob eine stehen gebliebene öffentliche Uhr wieder repariert wird. Ich kann nichts ändern. Ich bin auch nicht zuständig.“ Die Stadtbild-Debatte des Kanzlers hat das Rheinufer erreicht. Und die Arbeit der Seniorenräte.

Dietmar Seher

› Wie sieht der ideale Mitbewohner für die Wohngemeinschaft im Alter aus?



Wohnen im Alter

Es muss matchen!

Wohnraum ist in Deutschland vor allem in großen Städten unfair verteilt: Ältere haben ihn, Jüngere bräuchten ihn. Einige Ideen, wie sich dieser Widerspruch entschärfen lässt.

Diese Wohnung sitzt wie der lange abgetragene, aber ausgeleierte Lieblingspulli: Sie schlackert. Seit Herr T., 72, im vergangenen Jahr verwitwet ist, wohnt er allein in der Dreizimmerwohnung. Die Mietwohnung, die im obersten Stockwerk eines um die Jahrtausendwende fertiggestellten Gebäudes im Zentrum einer deutschen Großstadt liegt und einen wunderschönen Ausblick bietet, ist nicht billig, aber Herr T. hatte frühzeitig vorgesorgt. Gut und gern könnte er sich um mindestens ein Zimmer verkleinern. Die Mietentwicklung hat wie in vielen Städten jedoch dazu geführt, dass eine kleinere Wohnung für ihn als Neumieter nicht

mehr billiger, sondern womöglich noch teurer als die gegenwärtige wäre. Wirtschaftlich wäre so ein Umzug also nicht, aber er wäre sozial.

› Wohnraum ist unsozial verteilt

In Deutschland fehlten laut „Sozialem Wohn-Monitor“ des Pestel-Instituts im Jahr 2024 1,4 Millionen Wohnungen. Fertiggestellt wurden laut Statistischem Bundesamt im selben Jahr aber nur gut 250.000. Und dass Herr T. kein Einzelfall ist, hat das Statistische Bundesamt ebenfalls errechnet: 27 Prozent der alleinlebenden über 65-Jährigen wohnten 2022 auf je mindestens 100 Quadrat-

metern und lagen damit deutlich über dem Bevölkerungsschnitt, der inzwischen bei 49,2 Quadratmetern Pro-Kopf-Wohnfläche lag. Die Alten von heute haben sich über ihre Lebensspanne hinweg gewaltig gesteigert: In den 50er-Jahren lag dieser Durchschnitt noch bei 15 Quadratmetern oder bei einer durchschnittlichen Wohnfläche von 50 Quadratmetern für eine vierköpfige Familie.

Trotz jahrzehntelanger Förderung ist Deutschland keineswegs zu einem Land der Hauseigentümer geworden. Im Jahr 2022 lebte die deutsche Bevölkerung auf rund 39,3 Millionen Haushalte verteilt, jedoch

nur knapp 42 Prozent in einer Wohnung, deren Eigentümerin oder Eigentümer sie selbst waren. Zum Vergleich: In Rumänien lag die Eigentumsquote 2024 – historisch bedingt – bei 94 Prozent, dicht gefolgt von der Slowakei (93 Prozent) und Kroatien (91 Prozent).

› Wohnungstausch

Vor allem ältere Mieter und Mieterinnen sollten beizeiten entscheiden, ob sie umziehen oder bleiben. Wer umziehen und sich dabei verkleinern möchte, kann einen Wohnungstausch in Erwägung ziehen. Wer bei einer Wohnungsgenossenschaft gemietet hat, kann nachfragen, ob es innerhalb der Organisation Tauschinteressenten gibt. Mit einem privaten Vermieter wiederum sollte zuallererst geklärt werden, ob der sich auf einen

per Tausch gewonnenen Mieter einlassen will.

Einige Großstädte fördern den Wohnungstausch. Zum Beispiel **Freiburg**. Die Einwohner der Universitätsstadt im Breisgau sind im Durchschnitt nur 41 Jahre alt. Boomende Wachstums- und Zukunftsbranchen, wie etwa Umweltwirtschaft und erneuerbare Energien, der hohe Freizeitwert der nahen Gebirge und die Lage im Dreiländereck Deutschland/Frankreich/Schweiz ziehen viele Jüngere an, bestätigt auch Hauke Quathamer, Referent der Stabsstelle Bezahlbare Wohnen der Stadt. Er koordiniert die Wohnungsverwaltung und hält auch den Kontakt zur Wohnungstauschbörse der Stadt Freiburg, einer nicht kommerziellen Online-Plattform, auf der, wie bei einer Partnerbörse, Tauschwillige zueinander finden sollen.

Freiburg versüßt Altmietern, die aus mindestens drei Zimmern ausziehen und sich um wenigstens ein Zimmer verkleinern, den Umzugsaufwand mit einer Tauschprämie in Höhe von 2 000 Euro. Die Stadt will auf diese Weise vor allem die Wohnungs- und Raumknappheit von Familien mit kleinen Kindern abmildern. „Wir aktivieren Wohnraum“, unterstreicht Quathamer. Aus seiner Sicht ist der Aufwand von Tauschbörse und -prämie angemessen. Er rechnet vor, dass, wenn nur fünf Personen sich pro Jahr per Tausch um jeweils 30 Quadratmeter verkleinern, Baukosten für 150 Quadratmeter Wohnfläche gespart werden können. Wenn man annimmt, dass ein Quadratmeter sozialer



> Platz machen für jene, die ihn dringender brauchen?

Wohnungsbau 4 000 Euro kostet, ergibt sich eine jährliche Investitionersparnis von 600 000 Euro.

Sarah Frank, die für die Abteilung Stadterneuerung/Wohnen der Stadt **Mannheim** als Verwaltungsbeamtin arbeitet, denkt ganz ähnlich. Zwar ist der Zugzugsdruck in die zwischen Rhein und Neckar gelegenen Stadt nicht so hoch wie 200 Kilometer rheinaufwärts, doch besteht auch hier weiterhin hoher Wohnraumbedarf. Franks Kollegin Ines Schaurer aus dem Fachbereich Geoinformation und Stadtplanung schildert im Interview, dass die Mehrheit der großen Freiflächen inzwischen bebaut ist und im Stadtgebiet nur noch sehr kleinteilig nachverdichtet werden kann, also Baulücken mit einzelnen Neubauten geschlossen werden. Der Stadtrat beschloss keine weitere Ausentwicklung zu betreiben, um dem Ziel der Klimaneutralität näher zu kommen: „Wir wollen keine

neue Flächenversiegelung“, sagt Frank im Interview. „Deswegen setzen wir auf Wohnraumnutzung im Bestand“, fügt Schaurer hinzu.

Seit Anfang 2025 können sich Menschen unter bestimmten Voraussetzungen auch in Mannheim gefördert verkleinern. Die Stadt setzt auf finanzielle Anreize: Bei Umzug von einer zu großen in eine um mindestens ein Zimmer kleinere Wohnung winkt eine Umzugspauschale in Höhe von 2 000 Euro, pro Verringerung von bis zu drei Zimmern werden jeweils weitere 500 Euro bewilligt. „Die Aktion zielt auf Menschen ab Ende 50, die am Anfang des Ruhestandes stehen und vielleicht schon entsprechende Erfahrungen mit den eigenen Eltern gemacht haben“, erzählt die Sozialwissenschaftlerin Dr. Schaurer. Sie setzt auf die größere Veränderungsbereitschaft der Babyboomer. Um das Angebot bekannter zu machen und Ältere, für die ein Umzug

eher keine Priorität hat, zum Umdenken zu bewegen, setzen die Mitarbeiterinnen der Stadt auf niedrigschwellige Ansprache. Auf Veranstaltungen wie dem Maimarkt ist die Stadt mit einem entsprechenden Infostand vor Ort.

Auch viele andere Städte verfolgen die Idee eines verkleinernden Wohnungstauschs. Doch da gibt es einige Hürden zu überwinden: Bei den städtischen Wohnungsunternehmen **Berlins** gibt es seit 2018 einen Anspruch auf Wohnungstausch – samt Übernahme der Miete des Tauschpartners. Die Tauschbörse jedoch nennt David Eberhart, Sprecher des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), einen Flop. Trotz regen Interesses wurde 2023 nur 13-mal erfolgreich getauscht. Das Hauptproblem sei ein „Mismatch“: Auf fünf Haushalte, die sich vergrößern wollen, käme in

Berlin einer, der sich verkleinern wolle. Älteren Menschen falle es schwer, die gewohnte Umgebung zu verlassen und sich von Möbeln und anderen Erinnerungsstücken zu trennen. Um den Wechsel zu vereinfachen, müssten die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu gehöre, so Eberhart, etwa Unterstützung beim Ausräumen und beim Umzug.

► Gemeinsam wohnen

Veränderungsbereitschaft und Vertrauen sind auch Voraussetzung für jede Form gemeinschaftlichen Wohnens. Wer sich mit dem Gedanken trägt, muss zunächst mit Vermieter oder Vermieterin klären, ob er oder sie mit einer Untervermietung von Teilen der Wohnung einverstanden ist. Die Idee „Na, dann ziehen wir eben zusammen“ kennen viele Babyboomer aus ihrer Jugendzeit, etwa als sie sich als Studenten „eine Bude“ in der Universitätsstadt geteilt haben. Das müsste doch auch in schön und vor allem auf Dauer klappen. Was zu studentischen WG-Zeiten für viele eher egal war – Ordnung und Sauberkeit, aber auch Bequemlichkeit und Harmonie –, das wird mit den Jahren immer wichtiger. Es kommt also auf den richtigen Mitbewohner an.

Den oder die zu finden, hatte sich die 2018 gegründete Internetplattform „misambo“ (von schwedisch „min sambo“ – mein Partner) zur Aufgabe gemacht. Das „Parship für Wohngemeinschaften“ brachte bis 2022 Wohnungssuchende und

Menschen mit zu viel Wohnraum zusammen.

Das junge Unternehmen hatte zunächst per repräsentativer Umfrage ermittelt, dass sich 46 Prozent der Befragten gut vorstellen konnten, in einer Wohngemeinschaft zu leben – nur 12 Prozent der Befragten lehnten dies kategorisch ab. Anschließend entwickelten die Gründer mit wissenschaftlicher Unterstützung durch Soziologen, Psychologen und Marktforscher einen Fragebogen. In diesem wurden Ansprüche und Wünsche abgefragt, die dann mit den anderen Fragebögen abgeglichen wurden. So sollte das sogenannte Matching zustande kommen, das mögliche Wohnpartner zusammenführen sollte.

„Kognitive Dissonanz“ (widerstrebende Gedanken, Gefühle und Wünsche), so fasst Gründer Frank Stelter im Interview die Reaktion vieler, die sich ein solches Zusammenleben eigentlich gut vorstellen konnten, zusammen: „Sich dann sehr konkret ein Badezimmer zu teilen, das wollten viele dann doch nicht“, erzählt er im Videocall. „Das Thema ist sehr mühsam und braucht einen langen Atem, weil es sehr persönliche Bereiche berührt“, erinnert er sich. Das Firmenwachstum über den Großraum Bremen hinaus, in dem misambo operierte, wurde durch Corona behindert. Die Menschen dachten nicht über Umzüge nach und verließen die eigene Behausung kaum. Der „lange Atem“ hätte sehr viel Geld gekostet, doch Investoren, die bereit gewesen wären, Risikokapital einzu-

setzen, fanden sich nicht. Das Start-up musste abgewickelt werden. Stelter findet seine Idee bis heute richtig und gut: „Unterschiedliche Bedürfnisse und Alter stehen nicht gegeneinander, sondern ergänzen sich.“ Er selbst ist in einem Mehrgenerationenhaus aufgewachsen und wohnt bis heute in einem großen Haus im Oldenburger Land – gemeinsam mit Frau, Kindern, Enkeln und den eigenen Schwiegereltern.

► Die Matchmaker

Ein Grundidee von misambo unterstützt auch der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Dr. Reimar Palte. Der Experte für Personalauswahl und -entwicklung ergänzt im Telefoninterview allerdings, dass die Kriterien, nach denen der misambo-Algorithmus – wie auch die ähnlicher Anbieter – Wohnpartner miteinander verkuppelte („matchte“), schlicht nicht genau genug sei. Die zentrale Frage aus seiner Sicht: „Was braucht es, um bei einer Wohnungsgeberin, einem Wohnungsgeber Vertrauen auf- und Misstrauen abzubauen?“ Da gäbe es erheblichen Forschungsbedarf. Geklärt werden müsse, welche Matching-Modelle, die auch von Partnerbörsen wie Elitepartner und Co. genutzt würden, funktionieren, und auf Basis welcher Persönlichkeitsmodelle sie arbeiteten. Gibt es Erfahrungen darüber, was den optimalen Match ausmache? Dafür müssten zumindest ausführliche Interviews mit potenziellen Wohnungsgebern geführt werden.

Palte, der unter anderem an der NORDAKADEMIE unterrichtet, hat ein unmittelbares, ganz praktisches Erkenntnisinteresse: „Inzwischen haben einige Hochschulen Schwierigkeiten, weil potenzielle Studierende keine Zimmer bekommen. Das gilt auch für die NORDAKADEMIE in Elmshorn. Deshalb unterstützt die Kanzlerin unser Projekt auch zusätzlich.“ Palte hat ein Forschungsprojekt über 300 Stunden initiiert, in dem acht Studentinnen und Studenten unterschiedlicher Fachrichtungen, vor allem aus der Wirtschaftspsychologie, seit Mitte April zum Thema „Passungsdiagnostik für Wohnraum-Partnerschaften (Matching) auf Basis modernster psychologischer Diagnostik“ herauszufinden versuchen, ob und wie sich diese Passgenauigkeit verbessern lässt. Die Forschungsgruppe ist derzeit auf der Suche nach Forschungspartnern wie Wohnungsbaugenossenschaften und Online Wohnungsvermittlern, für Interviews aber auch nach potenziellen Wohnungsgebern und-geberinnen. (Senden Sie bei Interesse eine E-Mail an: Wohnen@20flow7.de)

Der verwitwete Herr T. hat inzwischen eine Wohngemeinschaft gegründet – allerdings eine, die nur an einigen Tagen im Monat besteht. Eine langjährige Freundin aus Wien hat regelmäßig in T.s Heimatstadt zu tun und kommt nun, anstatt ein Hotelzimmer zu buchen, bei ihm unter. Wenn es mal nicht „matched“, reist sie einfach nach Hause.

ada